

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon. (02 28) 21 90 38/39
Telex. 8 86 846 ppbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 22

31. Januar 1985

Hans Böhler MdB, Obmann im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages, kommentiert die Staatsbürgerschafts-Forderung der DDR: Kohls Deutschlandpolitik in der Sackgasse. Seite 1

Rolf Wernstedt MdL fordert den niedersächsischen Ministerpräsidenten auf, nicht vor der Landsmannschaft der Schlesier zu sprechen: Aufschlußreicher "Ausrutscher". Seite 3

Walter Haack, Referent für Geschädigtenfragen - Heimkehrer und Flüchtlinge bei der SPD-Bundestagsfraktion, würdigt Leben und Arbeit von Lisa Korpeter: Eine Frau der ersten Stunde. Seite 4

Dokumentation

Der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, hat sich in einem Artikel für das Organ des Bundes der Vertriebenen, "Deutscher Ostdienst", mit der Vertreibung und der Teilung Deutschlands auseinandergesetzt. Wir dokumentieren diesen Beitrag. Seite 5

Deutschlandpolitik in der Sackgasse

Zum Staatsbürgerschafts-Artikel im "Neuen Deutschland"

Von Hans Böhler MdB
Obmann im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages

Seit langem warnen wir Sozialdemokraten die Bundesregierung, daß ihre Deutschlandpolitik des "Weghörens" in die Sackgasse führen wird. Nach der Absage des Honecker-Besuchs gerieten die Verhandlungen über das Kulturabkommen und über die Entsalzung von Weser und Werra ins Stocken. Im Bereich des Umweltschutzes sind überhaupt keine Fortschritte zu erkennen.

Nun erleben wir die Präzisierungen zur DDR-Forderung nach "Respektierung der Staatsbürgerschaft" im "Neuen Deutschland" als vorläufig eindeutigste Markierung der Sackgasse, in die die deutsch-deutschen Beziehungen geraten sind.

Die Forderungen der DDR sind im Kern unerfüllbar. Wir können nicht Deutsche aus der DDR in Asylverfahren zwingen, wenn sie in der Bundesrepublik leben wollen. Wir können uns auch nicht von der DDR zu Grundgesetzänderungen bewegen lassen. Im umgekehrten Fall würde die DDR bei Kritik an ihrer Verfassung wohl ebenfalls empört reagieren.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Printed in Germany
www.müller-kalining.de
Reprint: Müller



Es ist nun Aufgabe der Bundesregierung, den angerichteten Schaden abzuwenden. Verhandlungsspannen, aus denen DDR-Bürger entnehmen müssen, sie würden für die Staatsbürgerschaft des Grundgesetzes gegen ihren Willen in Anspruch genommen, müssen ausgeschlossen werden. Wie oft hat die Bundesregierung beteuert, daß es solche Pannen nicht mehr geben wird?

Hätte man rechtzeitig - zum Beispiel im Vorfeld des Honecker-Besuchs - die Verständigung mit der DDR gesucht, wäre es zu den jetzt vorliegenden Präzisierungen wohl nicht gekommen. Diesem Versäumnis fügt Bundesminister Windelen einen weiteren schweren Fehler hinzu, wenn er dabei bleibt, daß nun alle Gespräche mit der DDR beendet seien.

Im Gegenteil muß weiter jede Einigungsmöglichkeit in praktischen Fragen zwischen der Bundesrepublik und der DDR gesucht und genutzt werden.

Die DDR ist nicht käuflich. Auf diesen Umstand habe ich schon häufig hingewiesen. Die Politik, die die DDR mit Kreditbürgschaften zu Zugeständnissen bringen wollte, ist gescheitert. Die völlig unnötige Aufwertung von Vertriebenen-Funktionären und ihren skandalösen Parolen tut ein übriges.

Die DDR versucht derzeit, ihre Beziehungen zu westeuropäischen Staaten um Bonn herum auszubauen. Sollte Bonn in seiner deutschlandpolitischen Sackgasse bleiben: Welche Folgen wird dann das "Weghören" für die Menschen haben, Herr Bundeskanzler?
(-/31.1.1985/rs/ks)

+ + +



Albrecht darf nicht vor "Schlesier" sprechen

Der Artikel im Zentralorgan der Landsmannschaft machte deutlich, was deren Führung wirklich denkt

Von Rolf Wernstedt MdL

Der aggressive Artikel "Nachdenken über Deutschland" eines 20jährigen im offiziellen Organ der Landsmannschaft Schlesien ist kein Ausrutscher, sondern die logische Konsequenz aus Geist und Buchstaben dieses Blattes. Der 20jährige hat nur das zu Ende gedacht, was die Gedankenwelt der führenden Vertriebenenpolitiker seit Jahrzehnten ausmacht. Wenn jetzt führende CDU-Politiker behaupten, daß das ursprüngliche Motto des Schlesier-Treffens "40 Jahre Vertreibung - Schlesien bleibt unser" mißverständlich formuliert sei, ist dies eine wissentliche Verharmlosung.

Ministerpräsident Albrecht hat im Landtag das Doppelspiel und die Doppelzüngigkeit der Vertriebenenfunktionäre gedeckt, als er eine im grundsätzlichen akzeptable Rede gehalten, aber gleichzeitig seine Bereitschaft bekräftigt hat, auf jeden Fall bei dem Treffen in Hannover reden zu wollen. Mit dieser Haltung hat Albrecht die Reaktionen noch bestärkt. Er hat im Landtag auch bewußt den revanchistischen Kontext des auch heute noch gültigen Aufrufs unterschlagen, in dem es unter anderem heißt: "Schlesien i s t Teil Deutschlands ... unsere Heimat ist nicht die ehemalige Heimat, nicht die verlorene Heimat, sondern die uns geraubte Heimat ... auf dem Deutschlandtreffen ... werden wir den Satz vieltausendfach, hunderttausendfach bekräftigen: Schlesien bleibt unser ... jede Preisgabe von Teilen Deutschlands ... ist eine Politik nicht für, sondern gegen Deutschland und das ganze deutsche Volk." Das ursprüngliche Motto "Schlesien bleibt unser", bleibt somit weiterhin Bestandteil des offiziellen Aufrufs.

Es kann niemanden überzeugen, wenn sich Bundeskanzler Kohl und Albrecht über den schäbigen Text eines 20jährigen empören. Das offizielle Organ der Landsmannschaft Schlesien hat in den vergangenen Wochen mehrfach unverantwortliche Töne angeschlagen. Als Beispiel nenne ich die in der Ausgabe vom 2. November 1984 aufgestellte Forderung: "Unsere Mahnung: 'Gebt uns unsere Heimat wieder', darf nicht vom Tisch der internationalen Politik." Außerdem ist im "Schlesier" die Auffassung, daß niemand bereit ist, Deutschland hinter Oder und Neisse auferstehen zu lassen, "als Super-Versailles-Ansicht" bewertet worden. Ich bekräftige die Forderung der SPD-Fraktion im Landtag. Albrecht darf nicht an dem Schlesier-Treffen teilnehmen, solange die bisher verantwortliche Führung der Landsmannschaft, die mit dem Ansehen der Schlesier und der Glaubwürdigkeit der deutschen Politik Schindluder getrieben haben, im Amt ist.

(-/31.1.1985/rs/ks)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Eine Frau der ersten Stunde

Lisa Korpeter zum 85. Geburtstag

Von Walter Haack

Referent für Geschädigtenfragen - Heimkehrer und Flüchtlinge
bei der SPD-Bundestagsfraktion

Am 31. Januar 1985 vollendet Lisa Korpeter in Celle ihren 85. Geburtstag. Als Frau der ersten Stunde wurde sie nach ihrer 1946 erfolgten Flucht aus Magdeburg bereits ein Jahr später als Sozialdemokratin in den Zonenbeirat der damaligen britischen Zone berufen und gehörte 1948/49 als Mitglied dem Wirtschaftsrat für das vereinigte Wirtschaftsgebiet an. Von 1949 bis 1969 war sie Abgeordnete des Deutschen Bundestages.

Durch ihr Wirken für Aussöhnung und Verständigung sowie ihren unermüdlichen Einsatz um die Gleichstellung ihrer mitteldeutschen Landsleute mit den übrigen Geschädigten des durch Hitler entfachten Weltkrieges hat sie über den Tag hinaus in ihrer Weise Geschichte gemacht. Sie war für die Mitbürger in unserem jungen Staat und den Sozialdemokraten ein Vorbild, ein stets verlässlicher Freund und unermüdlicher Helfer.

Es mag dem Verfasser erlaubt sein, im Zeitalter der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau das Alter einer Frau zu nennen, zumal nur die Geburtsurkunde ausweist, daß unsere hochverdiente Lisa Korpeter am 31. Januar 1900 geboren ist. Man darf dieses Alter wohl auch deshalb nennen, weil unsere Jubilarin mit Herz, Seele und Geist jung geblieben ist. Jeder, der sie heutzutage erlebt, wird dies nicht nur bestätigen, sondern auch voller Bewunderung sich vor dieser altgedienten Sozialdemokratin verbeugen, gleich welcher politischen Richtung er zuneigt. Hätte es viele Männer und Frauen vom Schlage Lisa Korpeter gegeben, würde es um unsere mitteldeutschen Fragen weit besser bestellt sein. Die vergangenen Jahrzehnte lehren uns auch heute noch, daß die Gedankengänge dieser Frau, die im Jahre 1962, nach dem Bau der Mauer zu einem allumfassenden Gesetzentwurf der SPD-Fraktion im Bundestag geführt haben, - unter dem Namen "Flüchtlingsgesetz" bekannt geworden - richtig waren.

Dieser Gesetzentwurf hätte vieles geregelt, an dem wir bis heute noch krankten, weil er im Jahre 1965 durch die damaligen Mehrheiten im Bundestag abgelehnt wurde. An Stelle der notwendigen und nach dem Bau der Mauer regelbaren Lösungen kamen dann 1965 zwei Gesetze der CDU/CSU, - das Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz (BFG), das keine Entschädigung für mitteldeutsche Schäden vorsah und erst 1971 nach Bildung der sozial-liberalen Koalition zu Zahlungen an die Geschädigten aus der DDR führten - sowie das bis heute fast überflüssige "Flüchtlingshilfegesetz", das nur für wenige Fälle Leistungen mit Sozialcharakter vorsah.

In einer Broschüre "Gleiches Recht" hat sie ihre Vorstellungen entwickelt, was damals gewollt war: Wären diese Gedankengänge damals schon Gesetz geworden, bräuhete niemand heute mehr um seinen C-Ausweis zu kämpfen und alle wären schon lange im Besitz ihrer Hauptentschädigung. Damals - vor 23 Jahren - wäre notwendige Leistung doppelte Leistung gewesen.

Dies müssen wir alle wissen, weil in der Vergangenheit viel versäumt worden ist, was heute nicht mehr nachvollziehbar ist und viele heute noch beklagen.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Dr. Hans-Jochen Vogel, hat Lisa Korpeter sehr herzlich zu ihrem Geburtstag gratuliert und ihr noch viele Jahre Gesundheit, Glück und Zufriedenheit gewünscht.

Lisa Korpeter hat sich um die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bürgerinnen und Bürger verdient gemacht. Viele haben ihr Wirken für Mitmenschlichkeit vieles zu danken. Sie selbst hat sich niemals in den Vordergrund gedrängt.

Der Dank an sie kommt aus unserem Herzen.

(-/31.1.1985/rs/ks)

+ + +



DOKUMENTATION

Willy Brandt: 40 Jahre Vertreibung und Teilung Deutschlands

Der SPD-Vorsitzende, Willy Brandt, hat in einem Beitrag für das Organ des Bundes der Vertriebenen, "Deutscher Ostkurier" zur Vertreibung und Teilung Deutschlands und den Konsequenzen daraus Stellung bezogen. Wir dokumentieren diesen Beitrag im Wortlaut:

Für viele von uns wird in diesem Jahr die Erinnerung an den 8. Mai 1945 ein wichtiges Datum sein. Das gilt in ganz besonderer Weise für die Vertriebenen und ihre Angehörigen. Für sie bedeutet dieser Tag, an dem vor vierzig Jahren Hitlers Armee-Oberbefehlshaber gegenüber den Alliierten die Kapitulation erklärten, die Festschreibung des Verlustes ihrer Heimat: Vertreibung, auch für die, die schon vorher dieses Schicksal erlitten hatten, erhielt mit dem 8. Mai 1945 das Element von mehr als Vorläufigkeit. Die Alliierten, die sich schon vor diesem Datum darauf geeinigt hatten, wie im Falle des Sieges mit dem Deutschen Reich und seiner Bevölkerung zu verfahren sei, gestatteten den von Hitler überfallenen osteuropäischen Staaten, sich aus Land zu entschädigen, das einstmal die Heimat von Millionen Deutschen war.

An der Endgültigkeit dieser Folgen des 8. Mai 1945 hat sich für uns Deutsche nichts geändert. Was von unserem Vaterland übrig geblieben war, wurde geteilt und in getrennte Sicherheitssysteme einbezogen. Man kann es drehen und wenden wie man will: Aus der Sicht unserer Nachbarn in Ost und West war und ist dieser Tatbestand zweier Deutschlands ein wesentlicher Faktor der Stabilität in Mitteleuropa.

Um den Frieden in der Welt willen haben wir Deutschen die damals vorgenommenen territorialen Veränderungen im Osten hingenommen, haben uns verpflichtet, neue Grenzen nicht mit kriegerischen Mitteln zu verändern. Dies geschah unter dem Vorbehalt einer endgültigen Regelung durch einen Friedensvertrag. Gleichwohl: wir konnten nichts verlieren und haben nichts verloren, was Hitler nicht schon verspielt hatte.

Was nicht verloren war, was wir in uns trugen, war und ist die Erinnerung - im ganz persönlichen wie im allgemeinen Sinne, an die Heimat; an die Zeugen und Zeugnisse deutscher Kultur in den verlorenen Gebieten. Diese Erinnerung zu pflegen, ist jedermanns Recht, auf sie paßt schon gar nicht das böse Wort vom Revanchismus.

Weil in unserer schnelllebigen Zeit allzu schnell vergessen zu werden droht, was nicht täglich erlebt wird, hatte ich vor Jahren dankbar die Anregung von Günter Grass aufgenommen, das Erbe der deutschen Stämme aus Sorge vor dem Verlust in einer Deutschen Nationalstiftung zu bewahren. Gerade die Vertriebenen muß es bedrücken, wenn eine so großartige Idee aus politischer Eifersucht und bürokratischer Bedenkenträgerei untergegangen ist.

Der 8. Mai 1945 sollte für uns nicht allein der Tag der Kapitulation sein. Kapitulieren mußten die damaligen deutschen Gewaltherrscher und ihre Schergen. Das Volk durfte nicht aufgeben. Viele hatten sich dem Krieg von Anfang widersetzt, den der



Diktator vom Zaun gebrochen hatte. Nicht wenige hatte wegen ihrer demokratischen oder pazifistischen Gesinnung schon vor dem 8. Mai 1945 das Schicksal von Verfolgung und Vertreibung auf sich genommen. Schon um dieser Deutschen willen, aber auch um deretwegen, die sich später von dem Diktator abwandten, konnte der 8. Mai 1945 nie nur ein Tag kollektiver Scham sein. Erst recht sollten wir ihn heute, 40 Jahre danach, als Tag der Chance begreifen und den Blick nach vorn richten.

Die Vertriebenen haben das in bewundernswerter Weise getan. Es ist hauptsächlich ihr Verdienst, daß Umsiedlung und Neubeginn von vielen Millionen Menschen in einem hungernden, unter Kriegsfolgen leidenden Land gelangen, und daß Rachegefühle niemals die Oberhand gewinnen konnten.

Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang an das, was vor fünfunddreißig Jahren in der Charta der Heimatvertriebenen niedergelegt wurde mit dem Bekenntnis, "jedes Beginnen mit allen Kräften (zu) unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können". Was damals zugesagt wurde, ist noch nicht vollendet: Die Vertriebenen haben "durch harte, unermüdliche Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands und Europas" mitgewirkt, doch von einem sicheren Frieden sind wir noch weit entfernt.

Umso mehr sollten wir an dem Geist der Versöhnung festhalten. Wir sollten nicht zulassen, wenn Falschmünzer uns davon abbringen wollen, was wir damals begonnen haben. Niemand dient den Interessen der Vertriebenen, wenn er ihnen heute verspricht, Regelungen abzuändern, die mit friedlichen Mitteln nicht veränderbar sind. Wir wollen und sollten vielmehr - in beiden Deutschlands - die Sicherung des Friedens zum tragenden Element unserer Politik machen. Wenn man so will: als Konsequenz der Einsicht, daß von deutschen Boden nie wieder Krieg ausgehen darf.

(-/31.1.1985/rs/ks)

+ + +

